



Bundestags- brief

Nr.218 • Die Woche im Bundestag • 19.01.2018



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Wir sind zu Koalitionsverhandlungen bereit

Mit den guten Ergebnissen der Sondierungsgespräche haben wir am vergangenen Freitag eine wichtige Hürde auf dem Weg zur Bildung einer neuen Bundesregierung genommen.

Ich freue mich sehr, dass es nach langen Verhandlungen gelungen ist, zu dieser Einigung zu kommen. CDU, CSU und SPD haben sich auf eine ganze Reihe von Themen verständigt, die nun Gegenstand von Koalitionsgesprächen sein sollen.

Fest steht jetzt, dass es keine Steuererhöhungen geben wird. Damit hält die Union ihr Wahlversprechen. Ebenso wichtig aus Unions-Sicht sind die Senkung des Solidaritätszuschlags sowie die Begrenzung der Zuwanderung nach Deutschland. Entgegenkommen hat die Union u.a. beim Kooperationsverbot für die Bildung gezeigt, das nun modifiziert werden soll. Auch die ausführlichen Aussagen zur Kulturpolitik enthalten gute Aspekte für Koalitionsverhandlungen.

Neben einem Glückwunsch an unsere Verhandlungsführerin und Bundesvorsitzende Angela Merkel zum Erfolg der Gespräche müssen Dank und Lob auch den anderen Verhandlern ausgesprochen werden, die sich als sehr faire Partner erwiesen und das Ergebnis der Bundestagswahl respektiert haben.

Klar ist aber auch, dass es an diesem Kompromiss, den wir am 12. Januar gemeinsam vorgestellt haben, nichts mehr nachzuverhandeln gibt.

Wir sind alle aufgerufen, nach vorne zu schauen und uns an die Arbeit zu machen. Es geht um die Modernisierung Deutschlands und die Stärkung des Zusammenhalts unserer Gesellschaft.

Das ist unsere Agenda für die kommenden vier Jahre, und diesen Zielen gilt unsere ganze Kraft und Energie.

Ich hoffe nun sehr, dass die Mitglieder der SPD-Basis ihrer Parteiführung vor der Aufnahme der Koalitionsgespräche ihr Vertrauen aussprechen. Die Entscheidung des Berliner SPD-Vorstandes gegen das Ergebnis der Sondierungen hat mich sehr enttäuscht, auch weil Michael Müller im Bundesvorstand ausdrücklich für das Sondierungsergebnis gestimmt hatte.

Das Sondierungspapier beinhaltet zahlreiche gute Punkte, gerade für Berlin, wie die vergünstigten Konditionen für BImA-Grundstücke, die Förderung des sozialen Wohnungsbaus oder die Beschlüsse zur Kulturpolitik.

Mit einer Großen Koalition können wir Verantwortung übernehmen und im Interesse Deutschlands und der Bürgerinnen und Bürger handeln. Ich bin zuversichtlich, dass uns dieser Blick auf unser Land am Ende auch verbindet.

Antisemitismus entschlossen bekämpfen

Hass und Ablehnung gegen Menschen jüdischen Glaubens aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit oder ihrer Abstammung sind gerade für uns Deutsche unerträglich.

Auf Initiative unserer Fraktion nehmen wir den bevorstehenden Holocaust-Gedenktag am 27. Januar zum Anlass, um vor dem Hintergrund erschreckender antisemitischer Vorfälle in jüngster Zeit mit einem gemeinsamen Antrag von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen ein klares Zeichen gegen jede Form von Antisemitismus in unserem Land zu setzen.

In Deutschland existiert nach wie vor ein nicht akzeptables Maß an Antisemitismus. Der größte Teil der antisemitischen Delikte ist weiterhin rechtsextrem motiviert. Wir erleben, dass dazu verstärkt ein arabischstämmiger Antisemitismus tritt, wie jüngst bei antiisraelischen Kundgebungen vor dem Brandenburger Tor, dem wir uns klar und deutlich entgegenstellen – gleichgültig, ob er strafbar ist oder nicht.

Wir werden einen durch Zuwanderung erstarkenden Antisemitismus ebenso wenig dulden wie bestehende Formen des Antisemitismus in Deutschland. In diesem Zusammenhang wollen wir das Straf- und Versammlungsrecht prüfen, ob es ausreichende Handhabe gegen das Verbrennen israelischer Fahnen und antisemitische Ausschreitungen im Rahmen von Versammlungen gibt. Auch unterstützen wir entschlossen die Einsetzung eines Antisemitismusbeauftragten, der Maßnahmen zur Bekämpfung des Antisemitismus koordinieren soll.

Meilenstein der deutsch-französischen Freundschaft

Der 22. Januar 2018 ist der 55. Jahrestag der Unterzeichnung des Deutsch-Französischen Freundschaftsvertrags („Élysée-Vertrag“) durch Bundeskanzler Konrad Adenauer und Präsident Charles de Gaulle.

Dieser Vertrag und die Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich stellen eine der überragenden Leistungen des französischen Staatspräsidenten und des deutschen Bundeskanzlers nach einem Jahrhundert mit drei Kriegen zwischen beiden Ländern dar.

Die Präsidien des Deutschen Bundestags und der Französischen Nationalversammlung haben entschieden, an diesem Tag Sondersitzungen der beiden Parlamente einzuberufen. Vormittags tagt der Bundestag in Berlin, am Nachmittag die Nationalversammlung in Paris.

In der Debatte im Bundestag wird dabei der Präsident der Nationalversammlung François de Rugy sprechen, in der Debatte in Paris Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble.

Wir werden eine gemeinsame Resolution der beiden Parlamente verabschieden, mit der wir

die Bundesregierung und die französische Regierung auffordern, einen erneuerten Élysée-Vertrag zu erarbeiten.

Zudem soll ein „Deutsch-Französisches Parlaments-Abkommen“ vorbereitet und im kommenden Jahr abgeschlossen werden. Die deutsch-französische Freundschaft ist und bleibt ein unumstößliches Axiom unserer Außen- und Europapolitik.

Deutsche Wirtschaft wächst weiter kräftig

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt in Deutschland legte im vergangenen Jahr um insgesamt 2,2 Prozent zu.

Damit ist die deutsche Wirtschaft das achte Jahr in Folge gewachsen und erreichte den stärksten Wirtschaftsaufschwung seit 2011. Getragen wurde die gute konjunkturelle Lage vor allem von der Kaufkraft der Verbraucher und den gestiegenen Investitionen vieler inländischer Unternehmen.

Zugleich sorgte die Erholung der Weltwirtschaft für steigende Nachfrage nach Produkten «Made in Germany», so dass Deutschlands Exporteure um 4,7 Prozent höhere Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen verbuchen konnten als noch im Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Deutsche Firmen gehen optimistisch ins Jahr 2018

Über zwei Drittel der vom Institut der deutschen Wirtschaft befragten Branchenverbände erwarten für ihre Unternehmen im kommenden Jahr eine höhere Produktion.

Außerdem sprechen 26 der 48 regelmäßig zur Jahreswende befragten Verbände von einer besseren Wirtschaftslage im Vergleich zum Vorjahr. Als entscheidende Faktoren für die gute Geschäftslage und die positive Entwicklung der meisten Industriebranchen sind neben der anziehenden Welt- und Konsumkonjunktur die im Jahresverlauf 2017 wieder gewachsenen Inlandsinvestitionen zu benennen.

Quelle: IW Köln